

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/159

22. August 1975

Dank an einen Sozialdemokraten

Gruß für Josef Felder zum 75. Geburtstag

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 67 Zeilen

Der Rundfunk an der Konjunkturwende

Zur 30. Ausstellung unterm Berliner Funkturm

Von Dr. Ulrich Döbber MdB

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Alle müssen an einem Strang ziehen!

Das Konjunkturprogramm und die Bauwirtschaft

Von Rudolf Sperner
Erster Vorsitzender der Industriegewerkschaft
Bau-Steine-Erden

Seite 5 und 6 / 76 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 3-10
Postfach: 120 408
Postfach 1, Zimmer 017-224
Telefon: 37 60 37 - 38
Telefax: 02 28 940 - 48 ppön d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnler Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Dank an einen Sozialdemokraten

Gruß für Josef Felder zum 75. Geburtstag

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhäuser MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestags

Am 24. August 1975 begeht Josef Felder seinen 75. Geburtstag. Mit diesem Geburtstag verbindet sich noch ein weiteres, sehr seltenes Jubiläum. Vor 55 Jahren trat er der Sozialdemokratischen Partei bei und hat damit mehr als ein halbes Jahrhundert in ihr gelebt und gewirkt.

Wie viele verantwortliche Männer in der SPD kam auch Josef Felder aus dem graphischen Gewerbe. Nach einer Ausbildung zum Buchdrucker und nach Wanderjahren in Deutschland wurde er 1924 Redakteur der "Schwäbischen Volkszeitung" in seiner Heimatstadt Augsburg.

Felders politische Laufbahn als Abgeordneter begann 1930 mit seiner Wahl in den Stadtrat von Augsburg. Zwei Jahre später, in einer Zeit heftigster innenpolitischer Unruhen, wurde er im Wahlkreis 24 Oberbayern-Schwaben in den Deutschen Reichstag gewählt. Die wenigen Monate der Reichstagsabgeordnetenzeit gehören sicher zum historisch bedeutsamsten Abschnitt seines Lebens, besonders jener dankwürdige 23. März 1933. Josef Felder war der jüngste Abgeordnete der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zusammen mit den noch verbliebenen 93 Kollegen seiner Partei - eine ganze Reihe SPD-Abgeordneter war von der NS-Regierung in "Schutzhaft" genommen worden - stimmte er gegen das von Hitler eingebrachte Ermächtigungsgesetz "zur Behebung der Not von Volk und Reich", nachdem der Fraktionsvorsitzende Otto Wels seine berühmt gewordene Ablehnungsrede gehalten hatte. Nachdrücklich bekannte sich Wels darin zu den Grundsätzen, die für die deutsche Sozialdemokratie seit ihrer Gründung verbindlich sind:

"Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht." Und: "Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie

neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

Dieses Zitat findet sich auch in dem Beitrag Josef Felders, in dem er die Ereignisse und die unmittelbaren, persönlichen Eindrücke dieses Tages aus Anlaß der 40jährigen Wiederkehr des 23. März 1933 in der "Augsburger Allgemeinen" noch einmal lebendig werden ließ. An der letzten Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion am 10. Juni 1933 in Berlin nahm Felder noch teil, mußte dann aber als entschlossener Gegner der NSDAP und der KPD fliehen und ging nach Österreich ins Exil, wo er publizistisch und in Vorträgen gegen den Nationalsozialismus zu Felde zog. Die Dollfuß-Affäre zwang ihn zu weiterer Flucht nach Brunn und Prag. Im Juni 1934 kehrte Felder insgeheim zu seiner Familie nach München zurück, wurde verhaftet und bis 1936 im Konzentrationslager Dachau in Haft gehalten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete Josef Felder in Bad Reichenhall die Tageszeitung "Süd-Ost-Kurier", deren Verleger und Chefredakteur er bis 1954 blieb, als die Zeitung ihr Erscheinen einstellen mußte. Von 1955 bis zur Wahl in den Deutschen Bundestag im September 1957 war er Chefredakteur des SPD-Zentralorgans "Vorwärts".

Drei Legislaturperioden, bis 1969, vertrat Josef Felder im Bundestag den Wahlkreis Erlangen. In dieser Zeit gehörte er den Ausschüssen für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik, für Atomenergie und Wasserwirtschaft und dem Verteidigungsausschuß an. Sein besonderes Interesse galt den Problemen der im Aufbau begriffenen Bundeswehr, zu denen er nicht nur im Ausschuß, sondern auch im Plenum mit Engagement und Sachkenntnis Stellung nahm.

Josef Felder, der sein Leben lang für die deutsche Sozialdemokratie gestritten hat, gebührt an diesem Tag unser besonderer Dank. Sein Eintreten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit wird immer Vorbild bleiben. Männer wie er können gerade in unserer Zeit durch ihre großen Erfahrungen und ihr Engagement den Weg der Partei mit gutem Rat begleiten. Unser Dank und unsere guten Wünsche gelten ihm heute und in der Zukunft. (-/22.8.1975/bgy/e/sab)

+ + +

Der Rundfunk an der Konjunkturwende

Zur 30. Ausstellung unterm Berliner Funkturm

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Am 29. August wird unter dem Berliner Funkturm die Internationale Funkausstellung 1975 eröffnet. Zum 30. Male macht eine der attraktivsten Publikumsmessen ihre Tore auf, 350 Firmen aus 24 Ländern werden lückenlos die ganze Palette der Unterhaltungselektronik vorzeigen. Mit hoher Sicherheit läßt sich schon jetzt eine Besucherzahl von über einer halben Million prophezeien (vor zwei Jahren kamen 602.000).

Die Geschichte der Funkausstellungen hat 1924 in Berlin begonnen; nach einigen Irrfahrten in der Nachkriegszeit ist seit 1971 wieder ununterbrochen Berlin ihr Domizil. Die Rückkehr in die alte Hauptstadt war mehr als eine kommerzielle Angelegenheit der Messengesellschaft. Eine Stadt in dieser exponierten Lage braucht in regelmäßigen Abständen Höhepunkte, die ökonomische und politische Auswirkungen mit Show-Effekten verbinden. Keine andere Technik - vom Auto abgesehen - beflügelt die Phantasie des modernen Menschen so wie Fernsehen und Radio.

Nicht nur die Funkausstellung, der Rundfunk überhaupt nahm von Berlin seinen Weg. Heute werden 13 Hörfunk- (acht West, fünf Ost) und sechs Fernsehprogramme (vier West, zwei Ost) in Berlin produziert. Keine Stadt Europas bietet mehr. Die elektronische Industrie sollte diesen Standortvorteil zur Konzentration von Forschung und Entwicklung in Berlin nützen. Der Sender Freies Berlin kann mit acht vH Anteil am ersten Fernsehprogramm nicht mit Köln, Hamburg, München oder Mainz konkurrieren. Seine Anstrengungen in der Ausbildung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern, die der Bund mitträgt, setzen einen für Berlin spezifischen Akzent. Diese Arbeit sollte verstärkt werden.

Den Rundfunkanstalten ist die Teilnahme angesichts ihrer finanziellen Klemme nicht leichtgefallen, doch hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß auch dieses Medium in seiner häufig behördenähnlichen inneren Verfassung des hautnahen Kontaktes mit dem Konsumenten bedarf. Wer (wie der Verfasser) jahrelang einsam vor der Studiokamera seine Ansichten zum Besten gegeben hat, kennt die Nützlichkeit, das auch einmal im Anblick einiger hundert kritischer Leute zu tun. Über 70 Hörfunk- und Fernsehsendungen werden ARD und ZDF auf der Ausstellung produzieren.

Berlin als größtes Verbraucher-Ballungsgebiet gibt der Industrie wichtige Hinweise auf künftiges Käuferverhalten. Gegenwärtig beklagen die Ge-

rätehersteller eine Flaute. Das Jahr 1974 mit der Fußball-Weltmeisterschaft hatte besonders für Farbfernsehgeräte einen überdurchschnittlichen Absatz gebracht, der sich natürlich nicht so bald wiederholen läßt. 1967 hatte der damalige Vizekanzler Willy Brandt auf der Berliner Funkausstellung mit einem Knopfdruck die Ära des Farbfernsehens eröffnet. Inzwischen sieht jeder dritte Haushalt in Farbe. Für die Industrie bleibt also noch ein bedeutendes Käuferpotential.

Die Preise sind in diesen acht Jahren angenehm stabil geblieben; Firmen, die jetzt an Preiserhöhungen von drei bis fünf vH denken, sollten wissen, daß gerade in einer Phase der Käuferzurückhaltung viele Haushalte noch lange mit schwarz-weißen Bildern leben können. Auch ist die Neigung in Industrie und Handel groß, die Schuld für stockenden Absatz auf das Programm zu schieben. Man kann Entsprechendes hören, die Kritik an den Wiederholungen ist da, sie wird von der Presse tüchtig geschürt. Verkannt wird nur, daß der Reiz der Neuheit langsam schwindet. Das wirkt sich auf die Einschaltquoten aus. Und schließlich geht der Stoff irgendwann einmal zur Neige: 3.000 Jahre abendländische Literatur in unseren Bücherschränken lassen sich schon in wenigen Jahrzehnten "vermarkten". In der aktuellen Berichterstattung begreift langsam auch der Unbedarfte, wie wenig Bilder von Bürofassaden Auskunft über die Tätigkeit darin geben, und daß der beflissene small talk der Staatsmänner vor den Kameras ihre Differenzen nicht verdeutlicht. Es wird wieder mehr gelesen, wer wollte darüber klagen?

Nicht alles, was technisch möglich ist, muß auch realisiert werden. Eine Epoche, die mit ihren Ressourcen hauszuhalten lernt, muß sorgfältiger über den wirklichen Bedarf nachdenken. Auf der Funkausstellung 1973 war es schwierig, den Typ des guten alten Radios, von gehobener Qualität und zwischen 300 bis 500 DM, an den Ständen zu entdecken. Renommierte Firmen boten nur noch Kofferradios und Kleinempfänger, etwa mit Weckuhren an. "Kaufen Sie eine Stereodeckelung" rieten die Aussteller und zeigten Dutzende von Modellen. Nicht jeder Käufer aber mag vierstellige Beträge ausgeben und ein Symphoniekonzert aus dem Kofferradio ist eine Zumutung. Daß außerdem im Zeitalter des Wellensalates das so ungemein praktische "magische Auge" wegrationalisiert wurde, ist unverständlich. Auch die Automobilindustrie hat einiges, was längst fällig war, erst bei retardierender Konjunktur verwirklicht. Inzwischen läuft es bei ihr wieder.

Zugeknöpfte Taschen sind die beste Verbraucherberatung, was das Angenehme an einer funktionierenden Marktwirtschaft ist. Ohnehin wächst die Neigung, sich mehr für Radio, Bildschirm, Schallplatte und Tonband zu interessieren, sobald die Abende länger werden. Die kritische Haltung der Besucher dieser Funkausstellung, aber auch ihre Begeisterung für Schönheit und Zweckmäßigkeit, wird diesem bedeutenden Industriezweig wieder nützliche Impulse und volle Auftragsbücher verschaffen. (-/22.8.1975/va/e/sab)

- - -

Alle müssen an einem Strang ziehen!

Das Konjunkturprogramm und die Bauwirtschaft

Von Rudolf Sperner

Erster Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden hat ebemals einer breiten Öffentlichkeit seine Vorstellungen zum Konjunkturprogramm dargelegt. Wir glauben deshalb, ein besonderes Recht dazu zu haben, weil wir uns bei der Lohn- und Gehaltsrunde im Frühjahr dieses Jahres gesamtwirtschaftlich in jeder Weise verantwortungsbewußt verhalten haben. Jetzt kommt es darauf an, daß alle Beteiligten sinnvoll an einem Strang ziehen.

Bei einem Ausbleiben besonderer konjunktureller Stützungsmaßnahmen für unseren Gewerbezweig müßten wir leider die Befürchtung äußern, daß im Winter 1975/76 mit einer extrem hohen Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft zu rechnen ist. Eine Zahl von 400.000 arbeitslosen Bauarbeitern halten wir dann durchaus für wahrscheinlich.

Inbesondere auch die politisch Verantwortlichen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft müssen endlich begreifen, daß die Lage der Bauwirtschaft nicht nur lediglich ein konjunktureller Rückschlag ist, sondern daß wir uns in einer alarmierenden und an die Existenz des Baumarktes gehenden Situation befinden. Daß mit dem zu verabschiedenden Konjunkturprogramm unsere außenwirtschaftlichen Probleme nicht gelöst werden können, wissen wir auch. Die Bauwirtschaft als größter Wirtschaftszweig - gemessen an ihrem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt - nimmt jedoch eine Schlüsselposition ein, von der Produktion und Beschäftigung in fast allen Bereichen unserer Volkswirtschaft erheblich beeinflusst werden.

Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat ein Nachfragerückgang nach Bauleistungen von zehn Milliarden DM ohne Berücksichtigung der dadurch ausgelösten Produktionen in nachgelagerten Wirtschaftszweigen einen weiteren Produktionsausfall von rund 7,2 Milliarden DM zur Folge. Daher meinen wir, daß die konjunkturstimulierenden Maßnahmen schwerpunktmäßig rasch im Bereich der Bauwirtschaft angesiedelt werden müssen.

Es kommt darauf an, alle binnenwirtschaftlichen Möglichkeiten und Maßnahmen auszunutzen und zu ergreifen, um schwerwiegende und irreparable Schäden für die Bau- aber auch für die gesamte Volkswirtschaft zu vermeiden.

Ich möchte aber auch einmal mit aller Deutlichkeit feststellen, daß es gut und besser gewesen wäre, wenn diejenigen, die sonst ihre

große Sorge um die deutsche Wirtschaft ständig auf den Lippen tragen, bedeutend früher aufgehört hätten, Propaganda gegen ein neues Konjunkturprogramm zu machen. Weniger reden und konkreter handeln hätte mit Sicherheit dazu geführt, dieses Programm schon erheblich früher über die politischen Hürden zu bringen.

Was erwartet die IG Bau-Steine-Erden nun von einem zusätzlichen Konjunkturprogramm? Ich will mich nicht in eine Diskussion über die Milliarden, die notwendig sind oder sein müßten, einlassen. Aber ich meine, das Konjunkturprogramm müßte ein so großes Volumen haben, daß es unter der Berücksichtigung der vorgenannten Multiplikatorwirkung auch zu einer gesamtwirtschaftlichen Belebung beiträgt.

Dabei gilt es einer weiteren Vernichtung von langfristig benötigten Baukapazitäten entgegenzuwirken, die drohende hohe Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft zu verhindern und die zurückgehaltene gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu ermuntern. Dabei muß das Nachfragevolumen so zusammengesetzt sein, daß es den vorhandenen Bedürfnissen entspricht, einen möglichst großen Teil von privatem Kapital erschließt, eine schnelle Wirkung, insbesondere auch im Hinblick auf den anstehenden Winter 1975/76 erwarten läßt, und daß die in Angriff genommenen Projekte für die öffentliche Hand möglichst geringe zusätzliche Folgekosten verursachen.

Nach Auffassung des Hauptvorstandes der IG Bau-Steine-Erden sollten durch das neue Konjunkturprogramm wegen der hohen Multiplikatorwirkung zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt werden. Der immer noch große Bedarf an gut ausgestatteten Wohnungen zu tragbaren Mieten macht es erforderlich, durch den Einsatz öffentlicher Mittel zusätzlich den Neubau von 50.000 Sozialwohnungen zu fördern. Dabei müßte sichergestellt werden, daß diese Wohnungen unter Berücksichtigung regionaler Marktbedingungen einen Mietsatz von fünf DM je qm nicht übersteigen.

Im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus gibt es zurzeit eine große Zahl von Anträgen auf Baugenehmigung, die deshalb nicht realisiert werden können, weil die zur Verfügung stehenden Mittel durch die laufenden Programme bereits ausgeschöpft sind. Eine zusätzliche Förderung in diesem Bereich würde sowohl eine rasche Auftragsvergabe ermöglichen, als auch relativ kurzfristig zu Baubeginnen führen, die einen weiteren nicht mehr vertretbaren Rückgang des sozialen Wohnungsbaus verhindern. Darüber hinaus müßte durch Gewährung zinsloser Darlehen in Höhe von 20 vH der Herstellungskosten im Rahmen der derzeitigen Bestimmungen des § 7 b die Bereitschaft zum Bau von zusätzlichen 50.000 Eigentumswohnungen bzw. Einfamilienheimen angeregt werden.
(-/22.8.1975/bgy/e/sab)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert